

Ein Beitrag zum Leben

Fraktionen werben einstimmig für Organspende und wollen menschlichen Ängsten begegnen



Foto: Schälte

8. Oktober 2009 – Noch immer zu wenige Menschen in Nordrhein-Westfalen seien bereit, Organe zu spenden, sorgen sich die Fraktionen von CDU und FDP in einem Antrag (Drs. 14/9915). Die Zahl sei zwar seit 2005 schon angestiegen, und mit einem Stand von 15 Organspendern pro Million Einwohner habe NRW im Juli sein bestes Ergebnis erreicht. Trotzdem sei diese Zahl noch zu steigern, wenn man bedenke, dass man mit einem gespendeten Organ ein Leben retten könne. Alle Fraktionen thematisierten die Angst vieler Menschen, vorschnell als hirntot erklärt zu werden, um als mögliche Spenderin oder Spender in Frage zu kommen. Wie man dieser Angst allerdings begegnen könne, dazu gab es unterschiedliche Ansätze.

Trotz des Engagements vieler Ärztinnen und Ärzte sowie zahlreicher Pflegekräfte sei bisher der Mangel an Spenderorganen bislang nicht behoben worden, bedauerte **Rudolf Henke** (CDU). Deutschland erhalte mehr Organe, als es selbst abgebe. Trotzdem sei es dank der im Konsens der Fraktionen beschlossenen Einsetzung von Transplantationsbeauftragten gelungen, die Zahl der Organspenden in den letzten Jahren zu erhöhen. Der Antrag seiner Fraktion und der FDP ziele darauf ab, diese Entwicklung zu verstetigen. Um den Ängsten der Menschen zu begegnen und die Spendenbereitschaft zu erhöhen, hielt der CDU-Sprecher eine Aufklärungskampagne für nötig. Henke regte an, „etwas zu spenden, etwas unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, was man selbst auch unentgeltlich erhalten hat“.

Die Bedeutung der Transplantationsbeauftragten betonte auch **Dr. Stefan Romberg** (FDP). Denn Angehörige, die gerade einen nahestehenden Menschen verloren hätten, mit dem Thema Organspende zu konfrontieren, verlange ein Höchstmaß an Pietät und sei alles andere als eine einfache Aufgabe. Auch die klinikinternen Handlungsanweisungen für den Ablauf einer Organspende und die sensible Begleitung betroffener Angehörige hätten ihre Wirkung nicht verfehlt. Es komme zudem auf die Hausärztinnen und -ärzte an. Eine Studie habe gezeigt, dass sich besonders diejenigen für Aufklärung engagierten, die selbst einen Organspendeausweis besäßen. „Man muss also echt sein, um überzeugen zu können“, schloss Romberg. Auch die Landesregierung solle ihre Politik auf die Aufklärung richten.

Alle Fraktionen seien sich einig, dass es darauf ankomme, diejenigen zu überzeugen, die Organspenden eigentlich befürworteten, aber keinen Ausweis hätten, meinte **Heike Gebhard** (SPD). Es gelte, den Menschen den Gedanken zu vermitteln, selbst nach dem Tod einen Beitrag fürs Leben leisten zu können. Erreichen könne man diese Zielgruppe bei großen Veranstaltungen, wie etwa zuletzt beim Tag der Organspende in Berlin, bei dem man nicht nur geworben habe, sondern bei dem auch viele Organspendeausweise ausgefüllt worden seien. „Dieses Wochenende hat wesentlich mehr bewirkt als das, was wir heute mit dem Antrag erreichen können“ – auch der Landtag könne Ort einer solchen Veranstaltung sein, wiederholte sie ihre Anregung vom Vorjahr und schlug eine gemeinsame Arbeitsgruppe vor.

Einen anderen Vorschlag machte **Barbara Steffens** (Grüne). Wenn viele Menschen Angst hätten, vorschnell für hirntot erklärt zu werden, obwohl eine Rettung vielleicht noch möglich sei, dann müsse man dafür sorgen, dass Ärztinnen und Ärzte zum Zeitpunkt der Hirntoterklärung noch gar nicht wüssten, ob jemand als Organspenderin oder -spender in Frage komme oder nicht. Um dies zu erreichen, könne an die Stelle der Organspendeausweise ein zentrales Register rücken, in dem man erstens seine persönliche Entscheidung jederzeit ändern könne und das zweitens der ärztlichen Seite erst nach dem erklärten Hirntod zugänglich sein dürfe. Mit einer Aufklärungskampagne hingegen oder einem Organspendetag erhöhe man nur den Druck auf die Menschen, nehme ihnen aber nicht die Angst.

In Vertretung des Gesundheitsministers lobte **Umweltminister Eckhard Uhlenberg** (CDU) die gestiegenen Zahlen der Organspenderinnen und -spender und verwies auf entsprechende Aktivitäten der Landesregierung mit beteiligten Akteuren, in Schulen und Sportvereinen. Trotzdem stürben in Deutschland täglich drei Menschen nach vergeblichem Warten auf ein passendes Spenderorgan. Der Gesundheitsminister dränge darauf, die Zahl der Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern mit Intensivstation zu erhöhen. Auch ihre Qualifizierung sei wichtig – schließlich seien Organspende und Hirntoddiagnostik keine Routineaufgaben. Zu beklagen sei aber eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Eine Fortbildungsveranstaltung sei mangels ausreichender Anmeldungen bereits abgesagt worden.

SO W

Der Antrag (Drs. 14/9915) wurde einstimmig an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.